



Oesterreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Bundessektion Hochschullehrer
1010 Wien, Teinfaltstraße 7

Tel.: Wien (0222) - 73 55 81 - 463 DW

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament

Dr. Karl Renner Ring
1010 WIEN

STAMP: ENTWURF
Z. 2 GE/12 85
Datum: 15. MRZ. 1985
Verteilt 15. MRZ 1985
Signature: [Handwritten Signature]
D. Wiener

Unser Zeichen – bitte anführen

Ihr Zeichen

Wien, 14. März 1985

wi/jr/102/85

Betr.: Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle zum Bundesgesetz
über das Studium der Rechtswissenschaften
BMFF vom 10.1.1985, GZ 68 218/1-UK/85
(GÖD 01942 vom 18.1.1985)

Die Bundessektion Hochschullehrer erlaubt sich termin-
gerecht die Stellungnahme der Landessektionsleitung Salzburg
zu überreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
Bundessektion Hochschullehrer
1010 Wien, Teinfaltstraße 7

ao.Univ.-Prof.Dipl.-Ing.Dr. Gerhard Windischbauer
(Vorsitzender)

Ergeht an: Präsidium des Nationalrates 25 fach
BMFF 1 fach
GÖD 1 fach

Landessektionsleitung der Sektion
Hochschullehrer in der GÖD
Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Erhard Mock
Vorsitzender

Salzburg, 11.3.1985

An den
Vorsitzenden der Bundessektion
Hochschullehrer in der GÖD
Herrn Univ.-Prof. Dipl. Ing. Dr. Gerhard WINDISCHBAUER
p/A Veterinärmedizinische Universität
Linke Bahnzeile
1030 W i e n

STELLUNGNAHME

zum Entwurf einer Novelle zum
Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften
(ausgesendet mit der Note des BMWF vom 10.1.1985, GZ 68.218/1-UK/85)

Nach Gesprächen zwischen den beiden Fraktionen (FZG und GIG/FSG) gibt die Landessektionsleitung folgende Stellungnahme ab:

I. GRUNDSÄTZLICHES

Das Studium der Rechtswissenschaften nach dem neuen Studien-gesetz wird aus vielfältigen Gründen von den Studenten nicht an-genommen. Dies vor allem deshalb, weil ein entsprechendes Studien-verlaufskonzept nicht ersichtlich ist. Die Landessektion erachtet, daß nur eine grundsätzliche Reform des Studiums diesen Schwierig-keiten wird begegnen können. Eine solche Reform müßte zwar nicht den Umfang, wohl aber das Gewicht der rechtshistorischen Fächer im ersten Diplomstudienabschnitt verringern. Dafür müßte ein ausgewogenes geistes- und sozialwissenschaftliches Grundlagen-studium etabliert werden, insbesondere durch die Berücksichtigung der Fächer "Politikwissenschaft", "Philosophie", "Soziologie", "Nationalökonomie" müßten die Realien der gegenwärtigen Rechts-ordnung entfaltet werden. Weiterhin wären die Prüfungsfächer im zweiten Studienabschnitt zu reduzieren und die verstärkte För-derung der eigenen wissenschaftlichen Arbeit schon vor dem Diplomandenstadium anzustreben. Ein stärkerer Bezug zur Praxis wäre gleichfalls ins Auge zu fassen.

II. ZUM ENTWURF

Die Landessektion begrüßt die Beseitigung der sogenannten Kern-fächerklausel. Für den ersten Diplomstudienabschnitt erscheint es ihr aber unangemessen, daß die Einführung in die Rechts-wissenschaften mit der Methodenlehre als Diplomprüfungsfach beibehalten werden soll. Es ist nicht einzusehen, daß methodische Vertiefungen im Zusammenhang mit einem erst darzulegenden Gegenstand gelernt werden sollen. Methodenlehre ohne ausreichende dogmatische Kenntnisse ist nicht vermittelbar. Theorie- und Methoden-lehre der Rechtswissenschaften sollten besser am Schluß des zweiten Diplomstudienabschnittes, und zwar vor dem Stadium der Diplomarbeit stehen. Dort hätten sie eine Funktion. Im übrigen bleibt zu bemerken, daß eine philosophische Vertiefung in Form

- 2 -

einer Pflichtlehrveranstaltung aus Rechtsphilosophie im Rahmen des Doktoratsstudiums (Philosophicum) schon der Vergleichbarkeit des rechtswissenschaftlichen Studiums mit anderen geisteswissenschaftlichen Studien wegen empfiehlt.

Zu Art. I Ziff. 4 und 5 des Entwurfes (Studien- und Prüfungsverlauf im zweiten Studienabschnitt) ist zu bemerken, daß diesem Lösungsvorschlag gewichtige verfassungsrechtliche, aber auch diese stützende sachliche Bedenken entgegenstehen. Grob gesprochen soll es den Studienkommissionen überlassen bleiben, den Studien- und Prüfungsverlauf im zweiten Studienabschnitt als Verordnungsgeber ohne hinreichende gesetzliche Grundlagen zu bestimmen. Nebenbei sei bemerkt, daß dies ganz deutlich der ständigen Judikatur des Verfassungsgerichtshofes widerspräche. Die Landessektionsleitung fordert daher eine bundeseinheitliche verfassungskonforme Lösung, um nicht fünf divergierende Studienvorschriften in Österreich zu haben.

Als Formulierungsvorschlag für Art. I Ziff. 5 des Entwurfs könnten wir uns folgenden Wortlaut vorstellen:

"5. § 5 Abs. 6 lautet:

(6) Die Teilprüfungen aus den in Abs. 2 Z. 1 und 4 bzw. aus den in Abs. 2 Z. 5 und 6 genannten Fächern dürfen jeweils erst zwei Semester nach der letzten vorangegangenen Teilprüfung abgelegt werden. Die Teilprüfungen aus den in Abs. 2 Z. 2, 3 und 8 genannten Fächern dürfen jeweils erst im Semester nach Ablegung der Teilprüfungen aus den in Abs. 2 Z. 1 und 4 genannten Fächern abgelegt werden. Die Teilprüfungen aus den Abs. 2 Z. 7, 9, 10 und 11* genannten Fächern dürfen jeweils erst im Semester nach Ablegung der Teilprüfungen aus den in Abs. 2 Z. 5 und 6 genannten Fächern abgelegt werden".

Im übrigen halten wir den Entwurf für gangbar, aber nur unter den genannten Bedingungen.

* Bei einer Neugruppierung der Wahlfächer wäre dieses Zitat anzupassen.

Erhard Kahr.